

3. Digitalisierung Mittel- und Berufsfachschulen

Antrag des Regierungsrates vom 1. September 2021 zum Postulat KR-Nr. 90/2019 und gleichlautender Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 4. Oktober 2022

Vorlage 5747

Christoph Ziegler (GLP, Elgg), Referent der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Nein, ich bin nicht mehr KBIK-Präsident, aber ja, es ist so vorgesehen, dass ich hier über die nächsten vier Vorlagen (5747, 5769, 5834 und 263a/2023) berichten werde, wurden sie doch noch vor über einem halben Jahr in der letzten Legislatur in der KBIK verabschiedet. So lange dauert also der Weg eine Vorlage der Kommission in den Rat, und das ist einfach so lange, das stört mich. Deshalb bin ich ganz froh, dass wir heute Sitzung haben und Pendenzen abarbeiten können.

Die Forderung eines Berichts zur Förderung des digitalen Wandels an Mittel- und Berufsschulen hatte ein umfangreiches Projekt ausgelöst und rammte offensichtlich bei der Bildungsdirektion offene Türen ein. So wurde 2019 per Regierungsratsbeschluss eine Strategie festgelegt. Es gab einen Pilotbetrieb, und dann kam die Pandemie (*Corona-Pandemie*), welche auch an den Mittelschulen einen starken Digitalisierungsschub auslöste und dem ganzen Projekt einen ungeheuren Schub verlieh. Die Erkenntnisse des Fernunterrichts während des Corona-Lockdowns sind in die Strategie und deren Umsetzung eingeflossen.

Und jetzt haben wir ein Digitalisierungsprojekt, von dem 60'000 Schülerinnen und Schüler in 39 Schulen, 7000 Lehrpersonen und weiteres Personal betroffen sind. Dabei arbeiten das AFI, das Amt für Informatik, und das MBA, das Mittel- und Berufsschulamt, eng zusammen. Für die Basisinfrastruktur ist das AFI zuständig, das MBA zeichnet für alles andere verantwortlich, für den professionellen Support vor Ort. Digitale Lehr- und Lernformen sollen entwickelt werden und das Digital-Service-Center unterstützt Fachapplikationen. Mit neuer Software werden die Prozesse harmonisiert und ein besserer Datenschutz und bessere Datensicherheit gewährleistet.

Der Regierungsrat hat die Mittel gesprochen, 16,4 Millionen Franken, der Zuschlag erfolgte im Juni 2022, und bis 2026 ist dann alles umgesetzt. Mit dem umfassenden Bericht ist das Postulat erfüllt. Die KBIK votiert einstimmig für Abschreibung.

Roger Schmidinger (SVP, Urdorf): Die Digitalisierung schreitet mit grossen Schritten voran. Das Postulat von Kathrin Wydler rannte zwar offene Türen ein, aber es wurde einem bewusst, dass wir doch 60'000 Schülerinnen und Schüler an 39 Schulen der Sekundarstufe II mit IKT (*Informations- und Kommunikationstechnologie*) bedienen müssen. Die Bildungsdirektion ist nicht untätig geblieben und hat auf das Postulat gewartet. Die Wirtschaft selbst ist jedoch häufiger weiter, wie auch die Schüler und Schülerinnen meistens schon mehr wissen. Deshalb ist

es gut, dass die Strategie zur Förderung des digitalen Wandels beachtet wird und im Dialog mit der Wirtschaft weiter vorangetrieben wird. Es wäre vielleicht auch schön, wenn die rund 7000 Lehrpersonen sich die notwendigen Kompetenzen selbst beibringen und nicht zuwarten würden, bis die Hochschule Kurse anbietet. Die digitale Welt bietet zudem neue Formen des Lehrens und Lernens. Daher müsste im Hinblick auf die digitalen Lehrmittel viel stärker auf die Privatindustrie geachtet werden. Es gibt gute Produkte, die schnell erarbeitet sind, viele davon werden von innovativen Lehrpersonen schon angewendet. Wir danken der Regierung für die Beantwortung des Postulats und werden es ebenfalls abschreiben.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Der Regierungsrat hat in dieser Vorlage aufgezeigt, wie die Umsetzung im Bereich der Digitalisierung vonstattengehen soll. Die SP begrüsst es, dass mit verschiedenen Massnahmen, wie der Strategie «Digitaler Wandel an kantonalen Schulen der Sekundarstufe II» (*DiWaSekII*) oder der neuen Lösung für Schulverwaltungen die Thematik angegangen wird. Insbesondere bei der Strategie «DiWaSekII» braucht es genügend Weiterbildungsangebote für Lehrpersonen – da sind wir nicht gleicher Meinung wie von unserem Vorredner vorher gehört –, auch wegen der Handhabe – das sehr wichtig – vor allem mit möglichen Cloud-Lösungen. Zudem ist ein professioneller Support vor Ort für die 39 Schulen unerlässlich, damit ein reibungsloser Unterricht sichergestellt werden kann und um das Lernen und Lernen im digitalen Raum weiterentwickeln zu können. Bezüglich Chancengerechtigkeit sind die Infrastruktur und technische Ausstattung nicht zu unterschätzen. Mit «Bring your own Device» bestehen nicht für alle Schülerinnen und Schüler der Mittel- und Berufsfachschulen die gleichen Chancen. Wir fordern eine gute Lösung beziehungsweise ein einheitliches Konzept innerhalb der Grundversorgung.

Die SP wird der Vorlage beziehungsweise der Abschreibung des Postulats zustimmen. Die Voraussetzungen scheinen geschaffen worden zu sein, dass die Berufsfachschulen gemeinsam mit den Mittelschulen mit einer zeitgemässen Informations- und Kommunikationstechnologie versorgt werden können sowie die nötigen Kompetenzen bei den Lehrpersonen für den digitalen Wandel aufgebaut worden sind. Wir bitten jedoch die Bildungsdirektion darum, weiter beim Thema Digitalisierung sowie in neuen Themenfeldern, zum Beispiel mit KI (*Künstliche Intelligenz*), dranzubleiben, damit die kommenden Themen aktiv aufgegriffen werden können. Danke.

Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Vorab meine Interessenbindungen: Ich bin Präsidentin der Schule Wehntal, wir haben auch eine Sekundarschule bei uns in der Gesamtschule, und ich bin im Vorstand des Verbandes Zürcher Schulpräsidenten. Nun ist es so, dass jedes Postulat zur Digitalisierung ja Gefahr läuft, dass das Thema bei der Behandlung im Kantonsrat oder gar bereits bei der Beantwortung durch den Regierungsrat hoffnungslos veraltet ist, oder das bleibt in jedem Fall zu hoffen. Im vorliegenden Fall ist das so. Die Mittel- und Berufsschulen haben sich auf den Weg gemacht und die Digitalisierung hält auch auf dieser Stufe

Einzug. Das ist für die FDP per se und im Hinblick auf die Berufschancen der jungen Menschen wichtig, aber auch als Anknüpfung an die Volksschule, wo ja gemäss Lehrplan 21 die Schülerinnen und Schüler bereits intensiver in der Nutzung von Medien und Informatik geschult werden. Die Digitalisierung auf der Volksstufe ist seit einiger Zeit aufgegleist und in diesem Sinne ist es eben zentral, dass nun eine Strategie erarbeitet worden ist, mittels welcher auch die Digitalisierung auf der Sekundarstufe II angegangen, umgesetzt und vorangetrieben werden kann. Die Regierung hat in einem Beschluss fast zeitgleich mit unserem Postulat nach einer Vorbereitungsphase ihre Strategie beschrieben, um den digitalen Wandel an den Berufs- und Mittelschulen nicht nur anzustossen, sondern zu forcieren. Aus unserer Sicht sind die Schwerpunkte gut gelegt. Es geht ja nicht nur um die Befähigung der Schülerinnen und Schüler, sondern auch die Lehrpersonen müssen geschult werden, und das beschreibt die Regierung aus unserer Sicht gut. Es ist eine Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung der Strategie, aber es kann auch eine Erklärung sein für den von aussen vielleicht etwas verlangsamt wahrgenommenen digitalen Wandel an den Berufs- und Mittelschulen.

Für die FDP sind die Schwerpunkte gut gesetzt. Wir sehen auch ein, dass dies eine gewisse Zeit braucht und Kosten verursacht. Wir sind zufrieden, dass die Bildungsdirektion die Wichtigkeit eines modernen Unterrichts von Informations- und Kommunikationstechnologie an den Schulen der Sekundarstufe II erkannt hat ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Vor einer Woche haben die Mitte, die FDP und die GLP in der Budgetdebatte betont, dass Digitalisierungsprojekte nicht ein unbegrenztes Wachstum der Verwaltung auslösen dürfen. Die gleichen drei Parteien haben im März 2019 das Postulat «Digitalisierung Mittel- und Berufsfachschulen» eingereicht. Heute wissen wir auch, dass diese Bestellung dieser drei Parteien eine etwas grosse war. Der Regierungsrat hat im Sommer 2022 nämlich 142 Stellen – ja, Sie hören richtig, 142 Stellen – bewilligt, um diese Strategie umzusetzen. In der KBIK wurde uns gesagt, die Abschätzung der Gesamtkosten sei schwierig. So seien zum Beispiel die Kosten für die Eltern noch nicht bestimmbar. Für den reibungslosen Ablauf der Technik werde im Vollausbau mit circa 2,8 Prozent des Verwaltungspersonals gerechnet, dies mit Verweis auf die Hochschulen, wo aktuell rund 4 Prozent für den Unterhalt der IT-Infrastruktur benötigt werden. Worauf die Hoffnung auf den vergleichsweise kostengünstigeren IT-Unterhalt bei den Berufs- und Mittelschulen beruht, blieb in der KBIK jedoch etwas unklar.

Selbstverständlich führt auch für uns Grüne an der Digitalisierung der Mittel- und Berufsfachschulen kein Weg vorbei, zu richtig, zu wichtig ist die Modernisierung und Vereinheitlichung der IKT für die 39 Schulen mit ihren zehntausenden von Nutzerinnen und Nutzern, ebenso die Weiterbildung der Lehrpersonen. Wir Grüne plädieren aber doch dafür, die tollen digitalen Tools an den Schulen auch künftig mit Augenmass einzusetzen. Denn Lernen beruht auf vielfältigen sinnlichen Erfahrungen, auf der Entwicklung individueller Handlungskompetenzen und immer auch auf persönlicher sozialer Interaktion. Und auch die Grundfertigkeit

«Schreiben» wird eben heute noch am besten von Hand erlernt und immer auch wieder ausgeübt. Auch wir schreiben ab. Besten Dank.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Die Vereinheitlichung der technischen Infrastruktur an kantonalen Mittel- und Berufsfachschulen wird in Zukunft vieles vereinfachen und leistungsfähiger machen. Alle Lernenden an den Mittel- und Berufsfachschulen sollen dieselben Möglichkeiten haben. Wichtig ist uns, dass bei einem allfälligen Konzept von «Bring your own Device» sichergestellt werden muss, dass Eltern mit begrenzten Mitteln nicht unnötig belastet werden. Mit dem Einsatz von IT-Fachleuten werden die Lehrpersonen entlastet und können sich auf ihre pädagogische Kernaufgabe konzentrieren. Für die Arbeits- und Forschungswelt ist es wichtig, dass Lernende digital versiert sind. Diese können so in diesem immer wichtiger werdenden Bereich neue Inputs in die Arbeitswelt einbringen. Die Mitte legt grossen Wert darauf, dass im Zusammenhang mit der Digitalisierung die Jugendlichen einen gesunden Umgang mit den Medien lernen und insbesondere mit den Risiken der Mediennutzung bekanntgemacht werden. Themen wie zum Beispiel «Gaming Fake News» oder «Cyber-Mobbing» gehören auch dazu. Wir hoffen, dass die Schulen diese Chance packen werden und vor allem auch ihre Lehrpersonen ins Boot holen können, um die Lernenden fit für die digitale Zukunft zu machen. Wir investieren in die Zukunft unser Lernenden und stärken damit den Bildungsstandort Zürich. Die Mitte wird das dazugehörige Postulat als erledigt abschreiben.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Ist der digitale Wandel an den Mittel- und Berufsfachschulen des Kanton Zürichs erfolgreich? Fragen wir doch, passend zum Thema Digitalisierung, die künstliche Intelligenz. ChatGPT antwortet genau auf diese Frage mit folgendem Fazit: «Insgesamt kann gesagt werden, dass der digitale Wandel an den Mittel- und Berufsfachschulen des Kantons Zürich einige Fortschritte gemacht hat. Aber es besteht weiterhin Raum für Verbesserungen und Anpassungen an die sich wandelnde Anforderungen der modernen Arbeitswelt.» Ich meine, diese ChatGPT-Einschätzung teilen auch wir als EVP mit der Abschreibung des Postulats. Die Strategie der Förderung der Digitalisierung unserer Mittel- und Berufsfachschulen ist sinnvoll, engagiert und zielführend, herzlichen Dank. Aber eben, auch wenn wir heute einstimmig abschreiben, besteht weiterhin Raum für Verbesserungen und Anpassungen an die sich wandelnden Anforderungen der modernen Arbeitswelt.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Ich möchte nur kurz auf das Votum von Karin Fehr replizieren: «Bitte bleiben Sie doch bei den Fakten» wäre das Zitat, das man hier brauchen kann, denn wir haben in keinem Votum und in keiner Weise einen Antrag gestellt, dass hier irgendwas weggestrichen werden soll. Wir haben einzig und allein gesagt, dass bei der Digitalisierung insgesamt in der Verwaltung und in der Kernverwaltung – die Mittel- und Berufsschulen sind nicht Kernverwaltung – das Wachstum nicht übermässig über dem Bevölkerungswachstum liegen darf, und entsprechend moderat eine Korrektur vorgenommen. Bitte bleiben Sie also

bei den Fakten, Mittel- und Berufsschulen sind keine Kernverwaltung. Ansonsten haben wir hier wirklich ein ganz komisches Verständnis.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Bereits vor Einreichen des Postulats hat sich im Bereich der Digitalisierung in den Mittel- und Berufsfachschulen sehr viel getan. Im März 2019 hat der Regierungsrat die Strategie «Digitaler Wandel an den kantonalen Schulen der Sek II», auch «DiWaSekII» genannt, verabschiedet. Sie ist abgestimmt auf die kantonale IKT-Strategie und auf die speziellen Bedürfnisse der Bildung. Sie rennen also mit diesem Postulat offene Türen ein, aber ich nehme es dennoch zur Gelegenheit, Ihnen kurz zu berichten, wie das Projekt «DiWaSekII» aussieht und voranschreitet: Es sieht vor, dass alle Mittel- und Berufsfachschulen über eine leistungsfähige und zeitgemässe technische Infrastruktur verfügen, die professionell gewartet wird. Der Datenschutz und die Datensicherheit sollen jenen hohen Standards entsprechen, die sich der Kanton auferlegt hat. Gemeinsam mit den Schulen sollen digitale Lehr- und Lernformen entwickelt und Innovationen gefördert werden. Zudem sollen sich die Lehrpersonen wieder auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können und so ihre Energie auf die pädagogische Umsetzung der Digitalisierung im Unterricht beschränken. Im Juni 2022 hat der Regierungsrat die notwendigen Stellen bewilligt, um die Strategie zum digitalen Wandel an den Schulen umzusetzen.

Die Sekundarstufe II gehört zu den grössten Anspruchs- und Nutzungsgruppen für Informations- und Kommunikationstechnologie im Kanton Zürich. Aktuell bilden wir über 60'000 junge Menschen an unseren 39 kantonalen Schulen aus. 7000 Lehrpersonen und Schulpersonal sind tagtäglich auf einen modernen digitalen Arbeitsplatz angewiesen. Der Roll-out der neuen IKT-Grundversorgung läuft derzeit und dauert bis mindestens 2026. Besonders hervorheben möchte ich im Zusammenhang mit dem Programm «DiWaSekII» den «Digital Learning Hub Sek II». Diese innovative Plattform hat bereits kurz nach der Gründung ihre Bedeutung demonstrieren können, weil sie während der Corona-Pandemie die Schulen schnell und lösungsorientiert bei der Umstellung auf Fernunterricht begleitet hat und sich aktuell beispielsweise mit Fragen zum Umgang mit ChatGPT im Unterricht befasst.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 90/2019 ist abgeschlossen.

Das Geschäft ist erledigt.